



**Susanne Kastner, MdB**  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

## **PRESSEMITTEILUNG**

27. Februar 2009

# **„Schieflage der Schaeffler Gruppe“**

## **Gespräche mit Betriebsrat Eltmann**

**Berlin/Eltmann. Die Schieflage der Schaeffler Gruppe und die daraus entstehende kritische Situation des FAG Werkes Eltmann standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Politik und Betriebsrat. Ulli Schöpplein und Jürgen Kolbert von der Mitarbeitervertretung trafen sich mit Susanne Kastner, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, um ihr die aktuellen Probleme zu schildern. Mit dabei war auch die zuständige SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Dittmar aus Maßbach und der SPD-Stadt- und Kreisrat Wolfgang Brühl aus Eltmann.**

Ein Ergebnis der Diskussion war, dass der Konzern zusammengehalten werden müsse, sonst hätten kleinere Standorte wie zum Beispiel Eltmann große Probleme zu überleben. An eine staatliche Unterstützung oder Bürgschaften sollten daher ganz konkrete Bedingungen geknüpft werden.

Susanne Kastner betonte, dass dazu die Standortsicherung ebenso wie der Erhalt der Arbeitsplätze gehörten. Es dürfe keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Das müsse bei den Verhandlungen fest verankert werden. Schöpplein betonte: „Wir brauchen mehr Mitbestimmung. Ein Unternehmen dieser Größe kann nicht geführt werden wie ein kleiner Mittelständler!“

Die Unternehmensleitung müsse endlich ein tragfähiges Unternehmenskonzept vorlegen, nicht einmal die genauen Ertragszahlen seien bislang offengelegt. Susanne Kastner kritisierte die fehlende Weitsicht der Unternehmensführung.

Zum Zeitpunkt der Übernahme von Continental habe sich die Wirtschaftskrise bereits abgezeichnet und es war vielen klar, dass das Geschäft mit hohen Risiken behaftet war. Wer nur auf mögliche Profitsteigerung und wenig auf unternehmerisch vernünftige Entscheidungen setze, könne eben auch zu hoch pokern. Der Bevölkerung dann in einem solchen Fall zu vermitteln, dass staatliche Hilfe gefordert und gewährt werden solle, sei schwierig. Da spiele Transparenz eine große Rolle. Jeder Bürger, der Leistungen des Staates in Anspruch nimmt, muss seine Vermögenslage offenlegen und damit beweisen, dass er nicht aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt bewältigen kann.

Auch im Falle Schaeffler müsse diese Transparenz sein, sonst dürfen keine Mittel fließen. Weitere Voraussetzungen seien eigene finanzielle Anstrengungen der Eigentümerfamilien und der beteiligten Banken, sowie eine Regelung über die Rückzahlung der gewährten Hilfen. Susanne Kastner hielt es für sinnvoll, wenn die Vertreter des Betriebsrates ihre Kritikpunkte und Vorschläge in Berlin vorbringen und versprach, sich rasch um einen Termin im Finanzministerium zu bemühen. Schnelles Handeln sei jetzt wichtig, um die Arbeitsplätze zu sichern.